



VDM – Position

Stand: 03.02.2017
Ansprechpartner: Ralf Schmitz
Status: Vorstand / Präsident

Keine Kriminalisierung von Bargeschäften

Worum geht es ?

Es gibt immer wieder politische Initiativen, die darauf abzielen, Bargeschäfte im Schrotthandel zu verbieten. In einigen EU-Staaten wurde ein solches Verbot bereits umgesetzt. Mit dieser Maßnahme sollen die Absatzmärkte für gestohlenen Metall zerstört werden, man erhofft sich dadurch einen Rückgang der Metallediebstähle.

Betroffenheit der VDM-Mitglieder

Gerade im Bereich der Kleinanlieferung sind Bargeschäfte üblich und unverzichtbar. Würde man hier auf bargeldlose Zahlungen bestehen, gingen vermutlich große Schrottmengen dem Markt verloren.

Position des VDM

Der VDM hält ein gesetzliches Verbot von Bargeschäften im Schrotthandel nicht für sinnvoll und zielführend. VDM-Präsident Thomas Reuther: „Bargeld ist ein gesetzliches Zahlungsmittel, ein Verbot nur für den Schrotteinkauf käme einer Diskriminierung und Kriminalisierung der gesamten Branche gleich“. Hinzu kommt, dass es keine gesicherten Erkenntnisse darüber gibt, ob ein derartiges Verbot wirklich erfolgversprechend ist. Im Gegenteil: Bargeldverbot führt nur zu einer Verlagerung der Kriminalität, denn die Polizei beobachtet schon jetzt eine spürbare Zunahme des Überweisungs Betruges. Die bestehenden Kontrollmechanismen im Metallhandel sind ausreichend und nachvollziehbar.

Ein wirksamer Schutz vor kriminellen Handlungen kann nach Ansicht des VDM nur durch eine gewissenhafte Überprüfung der Lieferanten einerseits und der gehandelten Ware andererseits erreicht werden. Der VDM hat deshalb zusammen mit der Polizei einen *Leitfaden zum Risikomanagement beim Ankauf von Metallschrott* erstellt und der Branche zur Verfügung gestellt. Im Rahmen des Audits zum Entsorgungsfachbetrieb können sich diese Betriebe überprüfen lassen und erhalten ein entsprechendes Zertifikat.

Auch ein generelles Verbot von Bargeld lehnt der VDM ab.

Schon die Diskussion um ein Bargeldverbot beim Schrottankauf schadet der gesamten Branche. Sie rückt alle Schrotthandelsbetriebe in die Nähe von Kriminalität, man unterstellt unbescholtenen Bürgern pauschal, kriminelle Ambitionen zu haben. Das ist diskriminierend und durch nichts gerechtfertigt.

Ein Bargeldverbot schützt nicht vor Diebstahl oder Hehlerei. Kriminelle Kreise halten sich nicht an Gesetze, sie agieren im Bereich des Verbotenen. Kriminalität findet ihren Weg. In einigen Staaten gilt seit Jahren ein Bargeldverbot beim Schrottankauf, ein messbarer Erfolg blieb aus. Hans-Jürgen Papier, der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes hält ein Bargeldverbot wegen ungerechtfertigter Eingriffe in die Freiheitsrechte sogar möglicherweise für verfassungswidrig.

Befürworter des Bargeldverbotes verweisen auf die mögliche Versagung des Betriebsausgabenabzuges durch das Finanzamt. Das Problem ist durch bargeldlose Zahlungen aber nicht aus der Welt. Hier hilft nur eine exakte Dokumentation der Geschäftsvorgänge. Statt eines Verbotes fordern wir eine Erlaubnis, nämlich die Möglichkeit, den Personalausweis der Lieferanten zu scannen. Beim Abschluss von Handyverträgen ist das längst usus.

Die Alternativen zum Bargeld verlagern nur das Problem. Die Cyberkriminalität boomt, in ganz Europa steigen die Fälle von digitalem Überweisungsbetrug stark an. Die Schäden sind riesig, die Aufklärungsrate verschwindend gering. Wer heute anonym handeln will, braucht kein Bargeld, er nutzt das Netz. Hinzu kommt: Vor digitalem Überweisungsbetrug gibt es nahezu keinen Schutz, jeder kann Opfer werden. Erst vor wenigen Wochen traf es einen Metallhändler aus NRW. Schaden: 50.000 Euro.

Die öffentliche Diskussion über ein Ende des Bargeldes macht vielen Bürgern Angst. Ein Bargeldverbot wäre der Supergau für den Datenschutz. Die unabhängige Julius Raab Stiftung bringt es auf den Punkt: „Heute erleben wir eine Renaissance von politischen Ideen, die auf einen totalitären Überwachungsstaat hinauslaufen. Ihr Ziel ist es, mit den Instrumenten der Digitalisierung zunehmend die Freiheit und Autonomie der Bürger einzuschränken und diese zu bevormunden“.

Politiker suchen medienwirksame Antworten auf die Probleme unserer Zeit. Meist heißt das: Verbote müssen her, schnell und griffig formuliert. Die Ziele werden zur Nebensache. Wir müssen wieder lernen, zielorientierter zu denken, auf Fragen unserer Zeit gelassen, aber mit Verstand eine Antwort zu finden. Wir müssen Themen zu Ende denken. Ein Bargeldverbot ist zu kurz gedacht.